Ausgabe 07/2020

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist ein Jahr geworden, das sich niemand von uns hätte vorstellen können. Unser aller Leben hat sich in kürzester Zeit grundlegend geändert. Wir mussten und müssen Einschränkungen in Kauf nehmen. Unser Alltag hält Entbehrungen für uns alle bereit. Und gerade jetzt zu Weihnachten – an den Festtagen – fallen uns allen die Beschränkungen besonders schwer. Denn wer möchte nicht gerne Familie und Freunde so wie jedes Jahr an Weihnachten um sich haben? Es hat sich niemand diese Entscheidung leicht gemacht, aber sie soll uns alle schützen. Und nur gemeinsam können wir dafür Sorgen, dass die Infektionszahlen wieder zurückgehen.

Auch wenn dieses Jahr turbulent war, möchte ich auf eins meiner persönlichen Highlights hinweisen: Am 28. November hat die digitale Münsterlandkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung „Aufbruch im Münsterland!“ stattgefunden, deren zentrales Anliegen der Ausblick auf die nachhaltige Entwicklung in Tourismus, Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft im Münsterland gewesen ist. Mit einer Vielzahl an sachkundigen Referent*innen aus der Region – aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbändearbeit wurde in Plenen sowie in drei parallelen Workshops diskutiert und um Antworten gerungen.

Eine Veranstaltung, die sich bis vor einem Jahr wahrscheinlich kaum jemand in einem digitalen Format hätte vorstellen können. Das werde ich auch für mich persönlich aus diesem Jahr mitnehmen: Welche Möglichkeiten und Potenziale die digitale Welt für meine Arbeit bereithält. Den persönlichen Kontakt kann dies zwar keinesfalls ersetzen, aber es ist auf jeden Fall eine Ergänzung, die eine Bereicherung für mich darstellt.

Der ausführliche Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Veranstaltung findet sich hier sowie eine Aufzeichnung der Veranstaltung zum Nachhören.

Es wird noch weiterer Lesestoff benötigt? Die zweite Ausgabe des Magazins #SozialerFortschritt der SPD-Landtagsfraktion ist online verfügbar. Anhand unserer Initiativen im Landtag wird aufgezeigt, dass dieses Land wieder besser regiert werden muss. Denn nur so kann der soziale Neustart gelingen.

Ich wünsche Ihnen und Euch im Rahmen der derzeitigen Möglichkeiten fröhliche und besinnliche Festtage und vor allem Gesundheit.

Alles Gute für 2021,

Ihr

André Stinka MdL

P.S. Meinen digitalen Weihnachtsgruß kann man sich hier anschauen.

HAUSHALTSBERATUNGEN 2020—UNSER PROGRAMM FÜR DEN FORTSCHRITT IN NRW

In der letzten Wochen hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen den Haushalt für 2021. beschlossen Unsere Anforderungen an diesen Haushalt haben wir bereits im November formuliert. Im Mittelpunkt unserer Änderungsanträge steht ein Fortschrittsprogramm für unser Bundesland. Die Corona-Pandemie und der Lockdown beschäftigen die Menschen und die Politik in NRW. Doch was kommt danach? Wir brauchen ein Fortschrittsprogramm für NRW! Denn: Unser Bundesland benötigt auch in Zukunft eine gute Infrastruktur und ein hervorragendes Bildungssystem. Dafür wollen wir in den nächsten vier Jahren fünf Milliarden Euro investieren. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen in unserem Land stärken und weitere Investitionen in die Bildung tätigen.

Unsere Ideen im Überblick:

Beste Bildung für alle: Mit 2,5 Milliarden Euro kommt die Hälfte des Fortschrittprogramms dem Bereich Schule und Bildung zugute. Damit schließen wir an das Programm „Gute Schule 2020“ an. Zusätzlich wollen wir Geld bereitstellen, um die vollständige Beitragsfreiheit ab dem Kitajahr 2021/2022 zu ermöglichen. Wir möchten zudem in eine Qualitätsverbesserung in den Kitas investieren – für mehr Fachkräfte und eine einrichtungsbezogene Sockelfinanzierung. Auch bei den Schulen in NRW besteht Investitionsbedarf: Um den erheblichen Lehrerinnen- und Lehrermangel an Grundschulen zu bekämpfen, fordern wir eine gerechte Besoldung – unabhängig von der Schulform. A13 als Einstiegsgehalt für alle ist eine Form der Gerechtigkeit. Für die Vielen, nicht die Wenigen. Für die rund 640.000 Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen des Landes wollen wir in den Ausbau der Offenen Ganztagsschule investieren. Außerdem möchten wir – in einem ersten Schritt – die vollständige Kostenfreiheit für ein gesundes Mittagessen in den Schulen an besonders benachteiligten Standorte finanzieren.

Unterstützung von Kommunen: Wir wollen 300 Millionen Euro für eine Altschuldenhilfe aufbringen, um die Kommunen zu entlasten. Darüber hinaus soll die Flüchtlingspauschale des Bundes von rund 107 Millionen Euro direkt an die Kommunen in unserem Bundesland weitergeleitet werden.

Weitere Investitionen in die Zukunft: Um die Wohnungsnot zu bekämpfen, wollen wir eine Landeswohnungsgesellschaft gründen. Die weiteren Mittel aus dem Fortschrittsprogramm sollen in die Sanierung von Kitas, Jugendzentren und Dienststellen des Landes, unter anderem von Polizei und Finanzverwaltung, den Ausbau von Sportstätten und die IT-Sicherheit der Krankenhäuser gehen. Außerdem wollen wir massiv in das Klima investieren: Wir wollen den Klimaschutz vorantreiben und eine klimafreundliche und staufreie Verkehrspolitik sowie die Wasserstoff-Technologie fördern.

Mit diesem Programm und den zusätzlichen Maßnahmen wollen wir einen sozialen Neustart nach der Krise, mit dem wir das Leben von Familien und Kindern verbessern und zukunftsfeste Arbeitsplätze fördern. Die nächste Generation hat ein Recht auf ein starkes NRW.

All das wäre möglich gewesen. Nicht mit dieser Regierung. Aber mit der nächsten.

DIE NATUR ALS LEBENSRAUM ERHALTEN—NRW SCHÖNER MACHEN

Die Münsterländer Parklandschaften sind ein herrliches Fleckchen Erde. Ich bin dort aufgewachsen und habe mit Begeisterung die Landschaft erkundet. Die Menschen wollen unberührte Landschaften genießen, die nicht nur eine wichtige Grundlage für unsere Lebensqualität sind, sondern auch für den Wirtschaftsstandort und den Tourismus. Mehr noch: Landschaft ist Ausdruck unseres kulturellen Erbes. Vor allem die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig Naturerlebnisse sind und wie die Natur unser Wohlbefinden beeinflussen kann. Das gilt es unbedingt zu erhalten! Als Vorsitzender der NaturFreunde NRW geht es mir nicht nur darum, dass Natur für die Menschen attraktiv sein soll. Insbesondere Hecken und Randstreifen an landwirtschaftlich genutzten Flächen sind auch ein wahres Paradies für andere Lebewesen: Sie bieten Nahrung für Bienen und Schmetterlinge, Nistplätze für zahlreiche Insektenarten, Reptilien, Vögel und Säugetiere, Überwinterungsplätze für Käfer und weitere Kleintiere sowie Rückzugsräume, in denen viele Tierarten Schutz finden können. Um Hecken, Grünstreifen und Biotope aufzuwerten, startet die SPD-Fraktion im Landtag NRW eine Initiative. Wir wollen ein landesweit sichtbares und gefördertes System des vernetzten Artenschutzes – dafür eignet sich insbesondere die Förderung von Hecken und Feldrandstreifen, die Biotope miteinander verbinden. Dieses neue Projekt „Landschaft gestalten – mehr Artenvielfalt durch einen Verbund von Hecken und Feldgehölzen“ soll ein Leuchtturm für den Artenschutz sein. Unser Antrag zum Thema wird im nächsten Plenum beraten, das im Januar 2021 stattfinden wird. Neben unserer parlamentarischen Initiative verfolgt auch die Volksinitiative Artenvielfalt NRW das Ziel, den Artenschwund zu verhindern und das Landesnaturschutzgesetz zu sichern. Die NaturFreunde NRW unterstützen – wie auch viele andere Organisationen – diese Unterschriftenaktion. Ich kann jeder Bürgerin und jedem Bürger nur ans Herz legen, sich ebenfalls daran zu beteiligen. Für schöne Landschaften, für ein lebenswertes NRW!

MEINE NEUE AUFGABE ALS STELLVERTRETENDER FFRAKTIONSVORSITZENDER

Zu den personellen Neuerungen in der SPD-Fraktion im Landtag NRW erklärt der Vorsitzende Thomas Kutschaty: „Nach Marc Herters Wahlerfolg in Hamm haben wir unser Team neu aufgestellt. Unsere Landtagsfraktion hat André Stinka zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Seit Jahren setzt er sich für unsere Belange in der Umwelt ein. Und auch die demokratische Repräsentation in Quartieren mit sozialen Herausforderungen lag ihm immer am Herzen. Ich freue mich, dass er diese Perspektiven auch in unserem geschäftsführenden Vorstand mit einbringt. Frederick Cordes wurde als neues Mitglied des Landtags verpflichtet. Sein Engagement für die Durchsetzung sozialer Zukunftsinvestitionen wird unsere Arbeit weiter verstärken.

Mit klarem Kompass erarbeiten wir im Gegensatz zur Regierung Laschet gemeinsam Vorschläge, die es nun zur Bekämpfung der Pandemie braucht. Danach braucht NRW einen sozialen Neustart. Wir sind dafür gut aufgestellt.“

SCHULCHAOS AUF DIE SPITZE GETRIEBEN

Die vergangenen Wochen und Monate haben in der Schulpolitik für Chaos und Verunsicherung gesorgt. Die Schulministerin glänzte dabei mit Unentschlossenheit und dies führte zum Verlust jedweden Vertrauens in ihre Politik.

Für den Gipfel der Verwirrung bei tausenden Schülerinnen und Schülern, aber auch Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulleitungen sorgte das Schulministerium mit zwei Mails, die weitgehende Maßnahmen für den Schulbetrieb in der letzten Woche erläutern sollten. Die Zeitpunkte für den jeweiligen Versand waren – wie so oft in letzter Zeit – mehr als unglücklich gewählt: am Freitag, 11. Dezember, um 13:33 Uhr und am Sonntag, 13. Dezember, um 19:14 Uhr gingen die Informationen an die Schulleitungen von Aachen bis Zülpich. Das Ministerium setzte seine schlechte Kommunikationsstrategie aus dem Frühjahr fort: wieder einmal neue Informationen für alle, nach Schul- und Dienstschluss. Eltern und Schülerinnen und Schüler waren bereits vorab durch Äußerungen von Ministerpräsident Laschet in der Presse aufgeschreckt. Die Telefonleitungen in den Schulen standen daraufhin nicht still. Die Schulleitungen jedoch wussten nicht, was zu tun war, denn die offiziellen Schulmails waren noch nicht versandt. Diese Art der Kommunikation ist schlichtweg katastrophal. Wie sollten sich das Lehrpersonal und die Kinder und Jugendlichen auf die neuen Rahmenbedingungen mal eben über das Wochenende einstellen? Schulministerin Yvonne Gebauer hat bis heute kein umfassendes Konzept vorgelegt. Noch in der letzten Sitzung im Schulausschuss kanzelte sie den Vorschlag der Leopoldina, im Wechselunterricht zu unterrichten und die Schulpflicht für die Zeit vom 14. Dezember bis zum 10. Januar auszusetzen, als „untauglich“ ab. Ganz im Gegenteil: Sie betonte sogar, dass es mit ihr das Aussetzen der Schulpflicht nicht geben werde. Schon am Freitag, den 11. Dezember 2020, waren diese Aussagen Geschichte – allerdings zu einer Uhrzeit, zu der der Unterricht an den meisten Schulen bereits beendet war. Nun ist also die Präsenzpflicht ausgesetzt. Aber seien wir doch mal ehrlich: Im Grunde ist dies nur reine Wortklauberei. Die Leopoldina hatten längst richtig gestellt, dass sie natürlich die Präsenz- und nicht die Schulpflicht meinten. Yvonne Gebauer hätte dies auch im Ausschuss bereits klar sein müssen. Eltern der jüngeren Schülerinnen und Schüler (bis zur siebten Klasse) mussten nun darüber entscheiden, ob ihre Kinder am Präsenz- oder ausschließlich am Distanzunterricht teilnehmen. So kann man Verantwortung auch abschieben! Einige Eltern wurden explizit aufgefordert, ihre Kinder zuhause zu lassen, anderen hatte der Fahrdienst schon für Mittwoch, den 16. Dezember, angekündigt, dann nicht mehr die Schülerinnen und Schüler zu fahren. Es zeigt sich ein Chaos ohne Ende. Die Entscheidung der Ministerin hat so viele Unwägbarkeiten mit sich gebracht, dass der Schulbetrieb nicht mehr planbar gewesen ist. Yvonne Gebauer – wie Vize-Ministerpräsident Stamp im Übrigen auch – kann nicht an einem Tag das eine sagen und am anderen das Gegenteil behaupten. Wenn jemand „mit mir nicht“ sagt, dann ist das eigene Amt doch an die Maxime gebunden, einzuhalten, was man versprochen hat. Hier fehlt es an Konsequenz, an Führungsqualitäten und Verantwortungsgefühl. Die Ministerin ist unglaubwürdig geworden. Die Schulministerin hat zu viel Vertrauen verspielt. Und viel schlimmer noch: sie verunsichert die Handelnden im Schulsystem. Die Krise wird auch im Januar nicht beendet sein. Wir sollten den Jahreswechsel nutzen, um personell und inhaltlich dieser Pandemie an den Schulen endlich mit einem Plan, der verschiedene Szenarien aufweist, zu begegnen – gerade in Bezug auf die Abschlüsse, die Versetzungen und die weitere Schullaufbahnen insgesamt. Wir brauchen mehr Sicherheit und Orientierung im Schulbereich. Nach den Ferien weitermachen wie bislang, kann nicht der Weg sein.

ERSTATTUNG VON KITA-/OGS-GEBÜHREN BEI CORONA-SCHLIEßUNGEN

Zahlreiche Familien mussten in den vergangenen Wochen auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder verzichten, weil Kitas oder die Offenen Ganztagsschulen (OGS) coronabedingt schließen mussten. Doch auch in der oft 14-tägigen Corona-Quarantäne sollen Eltern weiterhin Beiträge zahlen. Die SPD im Landtag NRW will den Familien die Kita-Gebühren und OGS-Beiträge erstatten und hat deshalb entsprechende Anträge ins Plenum eingebracht. CDU und FDP sehen die Verantwortung aber nicht beim Land, das noch im Frühjahr zumindest anteilig Elternbeiträge übernommen hatte. Damals flossen rund zwei Millionen Euro an Elternbeitragserstattungen in den Kreis Coesfeld (knapp 1,7 Millionen Euro für Kita- und 271.000 Euro für OGS-Gebühren).

Leider hat sich FDP-Familienminister Stamp aktuell komplett aus der Verantwortung gezogen und lässt Eltern und Kommunen allein. Es hat weder landeseinheitliche Regeln für Gruppentrennungen gegeben, die oftmals eine Komplettschließung der Einrichtung hätte verhindern können, noch ist das Land bereit, Eltern in der Kita-Quarantäne zumindest finanziell zu entlasten. Auch für Eltern, die nun aufgefordert wurden, die Betreuung freiwillig zu übernehmen und die Kinder nicht in die Kita zu geben, ist keine Beitragserstattung geplant.

Neben der Erstattung der Kita-Gebühren, müssen auch die OGS-Beiträge, wenn OGS-Angebote aufgrund der Corona-Pandemie ausgesetzt werden mussten, erstattet werden. Eine Corona-Quarantäne trifft viele Familien hart. Neben der Sorge, ob es zu einer Ansteckung gekommen ist, kommen meist auch finanzielle Einbußen hinzu. Wir können hier auch von überschaubaren Summen ausgehen, denn schließlich ist nicht jedes OGS-Angebot im Herbst und Winter mit Corona-bedingten Quarantäne-Maßnahmen konfrontiert gewesen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion fordern daher: Das Land muss die Betreuungsgebühren in Quarantänezeiten komplett übernehmen. Ansonsten wird die Kinderbetreuung zu Corona-Zeiten zu einem Glücksspiel, bei dem Eltern und Kommunen nur verlieren können.

DANKESCHÖN AN DIE DÜLMENER TAFEL

In den vergangen Jahren habe ich immer kurz vor Weihnachten selbstgebackene Plätzchen auf dem Dülmener Wochenmarkt verteilt, um trotz der hektischen Zeit noch einmal mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und Danke zu sagen. Auch in diesem Jahr habe ich wieder fleißig Plätzchen gebacken – doch dann kam der Lockdown und eine Verteilung auf dem Wochenmarkt war nicht möglich.

Stattdessen habe ich kurzerhand mit der Dülmener Tafel Kontakt aufgenommen und dem Vorsitzenden Josef Mundorf die Plätzchen für die ehrenamtlichen Helfer*innen übergeben. Draußen und mit Maske konnte die Übergabe und ein kurzer Austausch coronakonform stattfinden. Ich freue mich, dass die Kekse jetzt doch noch einem guten Zwecke zugutekommen – die ehrenamtlichen Helfer*innen in den Tafeln leisten gerade in der jetzigen Zeit eine enorme Arbeit und setzen sich gleichzeitig einem hohen Risiko aus. Das kann man den Helfer*innen nicht hoch genug anrechnen. An dieser Stelle auch noch einmal vielen Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich tagtäglich für unsere Gesellschaft engagieren!